



Regierungsratsbeschluss vom 21. Mai 2019

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung

P190400

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens. Das Abkommen garantiert den Bürgerinnen und Bürgern der beiden Staaten die Beibehaltung ihrer unter dem FZA erworbenen Rechte (Besitzstand). Damit wird die notwendige Rechtssicherheit für eine weiterhin gute und stabile Zusammenarbeit der beiden Länder geschaffen.

